

## Ostermärsche 2010:

### Weiterverbreitung von Atomenergie und Atomwaffen stoppen!

Die Grüne Friedensinitiative unterstützt die diesjährigen Ostermärsche der Friedensbewegung. Neben dem Abzug der NATO bis Ende 2010 aus Afghanistan geht es um insbesondere bei dem Ostermarsch im nordrhein-westfälischen Gronau um eine atomwaffenfreie Welt und den damit zusammenhängenden globalen Ausstieg aus der zivilen Atomenergie. Denn im Mai steht eine Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag an. Und noch immer lagern Atomwaffen auf deutschem Boden, noch immer sind deutsche Atomkraftwerke am Netz.

Der Gronauer Ostermarsch richtet sich gegen die einzige deutsche Urananreicherungsanlage (UAA). Im örtlichen Aufruf heißt es: *„Die Anlage wird von dem multinationalen Konzern Urenco betrieben, deren deutsche Anteilseigner EON und RWE sind... In einer Urananreicherungsanlage, die mit der Zentrifugentechnik arbeitet, ist es grundsätzlich möglich, auch Uran, das zum Bau von Atombomben geeignet ist, herzustellen... Die Zentrifugentechnik kam über die Schiene Urenco Niederlande – Pakistan in den Iran... Bei der iranischen Zentrifugentechnik zur Urananreicherung handelt es sich somit grundlegend um dieselbe Technik, die in Almelo und in Gronau zum Einsatz kommt. Diese Urananreicherungsanlagen sind Schwesteranlagen, die beide zum Urenco-Konzern gehören.“*

<http://www.aku-gronau.de/texte/Ostermarsch-ErstunterzeichnerInnen.pdf>

Die Weiterverbreitung von Atomwaffen kann nur aufgehalten werden, wenn die Atomstaaten sowohl auf die militärische wie auf die zivile Nutzung der Atomenergie verzichten. Das leistet der gegenwärtige Atomwaffensperrvertrag nicht: Denn in seiner Endfassung wurde dieser um den Artikel 4 angereichert. Dieser legt fest, wie Weiterverbreitung der Atomenergie bewerkstelligt werden soll. Insofern hat der Vertrag nicht nur einen "Feuerwehr"-, sondern auch einen Brandstifter-Auftrag. Denn die Weiterverbreitung der "friedlichen" Nutzung der Atomenergie befähigt Nicht-Atomwaffen-Staaten dazu, das Know-how zum Bau von Atomwaffen zu erwerben. Sie werden "Atommacht im Wartestand" und suchen nach der passenden Gelegenheit, den letzten Schritt zu gehen. Der (Un-)Geist des Vertrages verpflichtet geradezu die USA, Frankreich, Deutschland oder Russland, dem Iran oder Nordkorea beim Aufbau einer AKW-Industrie zu helfen.

Den unseligen Artikel 4 hat in den 1960er Jahren an vorderster Front die damalige Bundesregierung durchgesetzt. Wir erinnern uns: Als 1968 der Vertrag geschlossen wurde, regierte in Bonn eine Große Koalition. Die damaligen Atomparteien SPD/CDU/CSU sorgten dafür, dass der Atomwaffensperrvertrag mit dem deutschen Atomprogramm kompatibel war und höhlichten damit das Vertragswerk aus. Gerade die SPD hatte auf die "friedliche" Nutzung der Atomenergie gepocht. In einer SPD-Presseerklärung versprach der damalige SPD-Kanzlerkandidat und spätere Friedensnobelpreisträger, Willy Brandt, eine SPD-geführte Regierung werde, "unter Wahrung der berechtigten deutschen Sicherheitsinteressen" ein internationales NPT-Abkommen fördern und sich zugleich „mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die deutsche Industrie nicht Schaden leidet, sondern dass auch Deutschland seinen Beitrag zur modernen Forschung und friedlichen Nutzung der Atomenergie leisten kann.“ (SPD-Pressemitteilung vom 20.8.65) Inzwischen hat sich auch die SPD gegen die Atomenergie positioniert und den Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie mit herbeigeführt. Deswegen richten sich die Ostermärsche vor allem an die Weiterverbreitungsparteien CDU/CSU/FDP. Wir rufen alle Abgeordneten, FunktionsträgerInnen und Mitglieder der GRÜNEN auf, sich an den diesjährigen Ostermärschen zu beteiligen!